


# Antrag

auf Feststellung einer weiter bestehenden Zulassung als  
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) Rechtsanwalt  
(Syndikusrechtsanwalt)

- keine wesentliche Änderung im bestehenden Arbeitsverhältnis

Rechtsanwaltskammer Koblenz  
Rheinstraße 24  
56068 Koblenz

**Mitgliedsnummer:**

Name	Vorname	
Geburtsname	Staatsangehörigkeit	
Geburtsdatum	Geburtsort	
Sozialversicherungsnummer	<b>Freiwillige Angabe:</b> erleichtert die Zuordnung bei der Deutschen Rentenversicherung Bund 	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Telefonnummer (auch mobil):	
	E-Mail-Adresse:	
<b>Kanzlei als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt</b> (Firma / Name des Arbeitgebers, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Telefonnummer:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	

**Hiermit zeige ich an, dass in meinem Arbeitsverhältnis seit / ab \_\_\_\_\_  
folgende Änderungen eingetreten sind / eintreten werden:**

**\_ Ich bin der Auffassung, dass die vorbenannten Änderungen in meinem bestehenden Arbeitsverhältnis keine wesentliche Änderung meiner auszuübenden Tätigkeit i.S.d. § 46 b Abs. 4 BRAO darstellen.**

Ich **beantrage** hiermit die Feststellung, dass die von mir seit/ab \_\_\_\_\_ auszuübende Tätigkeit von der mir bereits erteilten Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) umfasst ist.

Sollte die Rechtsanwaltskammer Koblenz zu der Auffassung kommen, dass es sich entgegen meiner Ansicht um eine wesentliche Tätigkeitsänderung handeln sollte, stelle ich hiermit vorsorglich hilfsweise den Antrag auf Erstreckung der bestehenden Zulassung als Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) / Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwältin) auf meine dann geänderte Tätigkeit. Weitere notwendige Unterlagen werde ich nachreichen.

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Datum)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller/in)

Die oben gemachten Angaben des Antragstellers sind zutreffend.

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift Unternehmen / Verband)  
(Name / Funktionsbezeichnung / Stempel des Arbeitgebers)

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 300,00 € ist auf das Konto der Rechtsanwaltskammer Koblenz

**IBAN: DE78 5707 0045 0014 9484 00 BIC: DEUTDE5M570**

überwiesen.

Mir ist bekannt, dass meine Daten bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gespeichert und teilweise in einem Regionalverzeichnis sowie nach Übermittlung an die BRAK in einem bundeseinheitlichen Gesamtverzeichnis im Internet veröffentlicht werden, § 31 BRAO.

**Die Anlagen bilden einen integralen Bestandteil dieses Antrags. Alle Antworten und Angaben habe ich in Kenntnis des § 36 Abs. 1 und 2 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß gegeben/ gemacht. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 32 Satz 1 BRAO i.V.m. § 26 VwVfG.**

**Datum:**

---

**Unterschrift**

# Fragebogen zu Zulassungsanträgen

Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschriebenem Blatt beifügen.

	<b>Frage</b>	<b>Erläuterungen</b>	<b>Antworten</b>
<b>1</b>	Haben Sie bereits anderweitig oder früher eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (auch als Syndikusrechtsanwalt) beantragt?	§ 26 Abs. 2 VwVfG Wenn ja, bitte Zulassungsbehörde angeben	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>2</b>	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden? b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Die Rechtsanwaltskammer hat ein unbeschränktes Auskunftsrecht aus dem BZRG (§ 41 Abs. 1 Ziff. 11 i.V.m. Abs. 5 BZRG), d. h., die für ein Führungszeugnis geltenden Begrenzungen (§ 32 BZRG) finden ihr gegenüber keine Anwendung. Anzugeben sind alle Ermittlungsverfahren und strafgerichtlichen Verurteilungen, sofern keine Tilgungsreife nach § 45 Abs. 1 BZRG eingetreten ist. Im Fall einer Wiederzulassung sind, unabhängig von der Tilgungsreife, Straftaten anzugeben, wenn sie Gegenstand einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme waren und die Frist des § 205 a Abs. 1 BRAO noch nicht verstrichen ist. <b>Falsche bzw. unterlassene Angaben führen in der Regel unabhängig von der Schwere der nicht angegebenen Tat bzw. des Tatvorwurfes zu einer Versagung der Zulassung wegen Unwürdigkeit (§ 7 Nr. 5 BRAO).</b> § 7 Nr. 1 - 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:  Gericht/StA: AZ:
<b>3</b>	Sind gegen Sie beamtenrechtliche oder richterliche Disziplinarmaßnahmen oder anwaltsgerichtliche Maßnahmen verhängt worden?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>4</b>	Sind gegen Sie a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:  Gericht/StA: AZ:
<b>5</b>	Ist Ihre Zulassung als Syndikusrechtsanwalt bereits einmal versagt, widerrufen oder zurückgenommen worden?	Dient der Prüfung, ob Versagungsgründe nach § 7 Nrn. 3 und 5 BRAO vorliegen.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>6</b>	Erklären Sie, dass Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen?	§ 7 Nr. 6 BRAO.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>7</b>	Wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Beruf des Rechtsanwalts / Syndikusrechtsanwalts noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§7 Nrn. 8 und 10 BRAO Anzugeben ist <b>jede</b> selbständige und/oder freiberufliche Tätigkeit, aber auch <b>jede</b> Tätigkeit bei einem <b>nichtanwaltlichen Arbeitgeber</b> ; die Rentenversicherungsrechtliche Bewertung ist insoweit unmaßgeblich.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>8</b>	Sind Sie durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über Ihr Vermögen <b>beschränkt</b> ?	§ 7 Nr. 9 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>9</b>	Fremdsprachen?  <b>Angaben werden ggf. veröffentlicht ?</b>	Angaben zur Fremdsprache:	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Ort und Datum

Unterschrift